

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Chun akzeptiert Forderung der Opposition

Der südkoreanische Staatspräsident Chun hat die Forderungen der Opposition nach Direktwahl des Präsidenten, Freilassung politischer Häftlinge und Wiederherstellung der Bürgerrechte akzeptiert. Chun sagte in einer Fernsehrede, er billige die Vorschläge seines designierten Nachfolgers Roh vorbehaltlos.

Beseitigung der Mittelstreckenwaffen

Die USA und die Sowjetunion haben nach amerikanischen Angaben grundsätzliche Einigung über die Beseitigung sämtlicher Mittelstreckenwaffen erzielt. Die Sowjets sollen demnach auch die im asiatischen Teil der UdSSR aufgestellten Mittelstreckenraketen beseitigen. Als Gegenleistung sollen die USA darauf verzichten, ihre in Westeuropa stationierten Mittelstreckenwaffen umzurüsten.

Waldheim in Jordanien

Der österreichische Bundespräsident Waldheim ist zu einem viertägigen Staatsbesuch nach Jordanien gereist. Er wird in Amman und Akaba mit dem jordanischen König Hussein zusammentreffen. Es ist der erste Staatsbesuch, zu dem Waldheim offiziell eingeladen worden ist.

EG-Einigung auf Agrarpreise

Nach der Gipfelkonferenz haben sich die Landwirtschaftsminister der zwölf EG-Mitgliedsländer darauf geeinigt, die bisherigen garantierten Preise für Agrarprodukte im wesentlichen beizubehalten.

7 Tote bei Streiks auf Haiti

Die seit Wochenbeginn anhaltenden Streiks und Protestaktionen in allen grösseren Städten Haitis gegen einen Wahlerlass der regierenden Junta haben sieben Menschenleben gefordert. Junta-Chef Namphy erklärte sich bereit, mit den Mitgliedern des Wahlausschusses zu Gesprächen über eine Beendigung der Ausschreitungen zusammenzutreffen.

Arbeit an der Landwirtschaftszone aufgenommen

Positive Äusserungen von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch

Eine landesweite Landwirtschaftszone zur Erhaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlfläche wird in nächster Zukunft verwirklicht werden. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille gab am Pressegespräch vom Dienstag auf eine entsprechende Frage bekannt, dass die Vorarbeiten aufgrund des FBP-Vorstosses im Landtag bereits begonnen hatten. Bevor jedoch eine Gesetzesvorlage geschaffen werden könne, die den Schutz der Landwirtschaftsfläche in unserem Land zum Gegenstand hat, müssten umfangreiche Abklärungen und Erhebungen gemacht werden.

Die Forderung nach der Ausscheidung landwirtschaftlicher Nutzflächen als Schutz für die Landwirtschaft ist nach den Worten des Regierungschef-Stellvertreters nicht neu. Die FBP-Fraktion hatte bereits vor einigen Jahren im Landtag ein

Postulat eingereicht, mit dem die Regierung aufgefordert wurde, die notwendigen Schritte zur Schaffung einer Landwirtschaftszone zu unternehmen. Nachdem die Beantwortung des Postulates durch den damaligen Landwirtschaftsminister Dr. Walter Oehry während Jahren verzögert worden war und schliesslich die Forderung des FBP-Postulates als nicht realisierbar erklärt wurde, doppelte die FBP-Fraktion mit einer Motion nach. Das Instrument der Motion gibt dem Landtag die Möglichkeit, von der Regierung zwingend eine entsprechende Gesetzesvorlage zu verlangen.

Erhebung über Ist-Zustand

Die Schaffung einer Landwirtschaftszone reicht nicht nur in den Bereich der Landwirtschaftspolitik hinein, sondern auch in die Raumplanung. Deshalb ist nach den Angaben von Regierungschef-

Stellvertreter Dr. Herbert Wille bereits der Auftrag an das Landwirtschaftsamt erteilt worden, den Ist-Zustand der möglichen Landwirtschaftsflächen aufzunehmen. Mit dieser Arbeit ist Klaus Büchel beauftragt worden, der vor kurzem eine vielbeachtete Diplomarbeit über unsere Landwirtschaftspolitik veröffentlichte.

Die Erhebung ist deshalb notwendig, erklärte Dr. Herbert Wille, weil man nicht wisse, in welcher Zone die derzeit genutzte Landwirtschaftsfläche liege.

Diese Vorarbeiten sollen bis Ende Jahr beendet sein. Ferner wird es bei den Abklärungen darum gehen, herauszufinden, wie gross die Landwirtschaftsfläche zu unserer Selbstversorgung angelegt werden muss. Erst dann, so Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, könne die Arbeit an einer Gesetzesvorlage aufgenommen werden.

Förderung des öffentlichen Verkehrs

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung für das Jahr 1986 – Ressort Verkehr

Der Förderung des öffentlichen Verkehrs durch verschiedene Massnahmen kam im letzten Jahr in dem von Regierungsrat Wilfried Büchel geleiteten Ressort Verkehr das Hauptgewicht zu. Die vom Landtag vorgeschlagene Versuchsphase für den Nulltarif bei den Postautos soll ab Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten. Vorher wurden bereits verschiedene Anpassungen im Fahrplan vorgenommen, um das Postauto-Fahren noch attraktiver zu gestalten.

Es wurden einige Änderungen im Bereiche des Strassenverkehrsrechtes vorgenommen. So wurden am 4. Februar 1986 die Verordnung über Bau und Ausrüstung der Strassenfahrzeuge (BAV), am 22. April 1986 die Verordnung über die Strassensignalisation (SSV) und am 28. Oktober 1986 die Verordnung über Haftpflichtversicherungen im Strassenverkehr (VUV) geändert. Mit Notenaustausch vom 16./18. April 1986 wurde schliesslich der Notenaustausch vom 6./19. Dezember 1984 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Erhe-

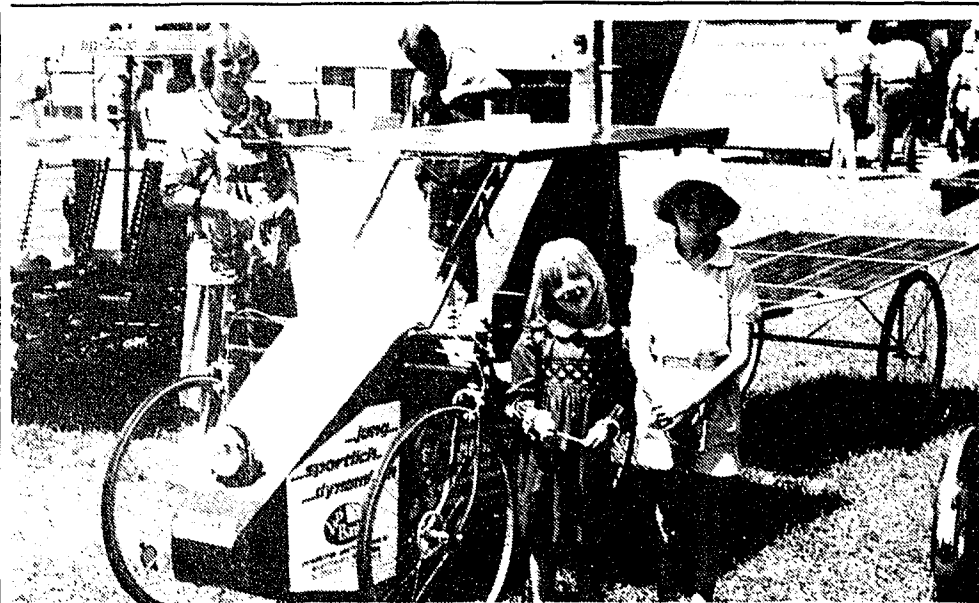
bung einer Schwerverkehrsabgabe und über eine Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen ergänzt.

Was den Bereich der Förderung des öffentlichen Verkehrs anbetrifft, so hielt die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe im Berichtsjahr mehrere Sitzungen ab. Mitte Dezember fand eine gemeinsame Sitzung der Arbeitsgruppe mit der Regierung statt. An dieser Sitzung wurde die Regierung umfassend über ein neues Verkehrskonzept in Liechtenstein informiert. Die Arbeiten und Untersuchungen der Arbeitsgruppe haben gezeigt, dass, um den öffentlichen Verkehr zu fördern, in folgenden Bereichen Schwerpunkte zu setzen sind: Fahrplan, Tarif, bauliche Massnahmen, Trägerschaft und Absatzteam des öffentlichen Verkehrs.

Zeitliche Priorität wird der Schaffung eines attraktiven Tarifs und insbesondere

der Einführung eines Taktfahrplanes eingeräumt. Als Sofortmassnahme hat die Kommission einen Entwurf für einen Fahrplan mit einer Angebotsverbesserung von 20 % und einer Mehrleistung von ca. 200 000 km ausgearbeitet. Die Linie Schellenberg-Ruggell wird nun direkt nach Schaan geführt, so dass hier die Fahrzeit um 13 Minuten pro Kurs verkürzt werden konnte. Auf der Strecke Vaduz-Buchs wird ganztägig in 20-Minuten-Intervallen gefahren. Die Spätkurse werden auf den Strecken Schaan-Schellenberg und Vaduz-Triesenberg bis 21.30 Uhr geführt. Auf den Strecken Vaduz-Mäls, sowie Schaan-Schaanwald werden die Kurse bis 23.00 Uhr geführt.

Zusammen mit der Ausgestaltung um Verbesserung des Fahrplanes wurden auch Möglichkeiten geprüft, den Tarif attraktiver zu gestalten.



Das einzige liechtensteinische Solarmobil (unser Bild zeigt es anlässlich des Tour-Starts in Biel zusammen mit den beiden Kindern des Erbauers Hansruedi Neyer) wird von Walter Erich Haas gesteuert und bezieht seine Energie von 14 Solarzellen (8 Zellen auf dem Anhänger und 6 Zellen auf dem Autodach).

Morgen kommt die Tour de Sol

5. Etappe Rankweil-Chur führt durch Liechtenstein

Morgen Freitag ab ca. 10.30 Uhr werden die rund 80 Teilnehmer der Tour de Sol, der 2. Weltmeisterschaft im Solarmobilfahren, auf der 5. Etappe von Rankweil nach Chur durch Liechtenstein fahren.

Im Gegensatz etwa zur Tour de Suisse fahren die Teilnehmer der Tour de Sol innerhalb des laufenden Strassenverkehrs. Sollte Ihnen also morgen zwischen 10.20 und 12.00 Uhr ein eher aussergewöhnliches Fahrzeug entgegenkommen, so handelt es sich wohl um eines dieser von Sonnenenergie angetriebenen Mobile.

Die diesjährige Tour de Sol startete am Montag in Biel und führt bis am Samstag

in 6 Etappen über insgesamt 441 Kilometer. Im internationalen Teilnehmerfeld dabei ist mit der Startnummer 50 Walter Erich Haas mit dem einzigen liechtensteinischen Solarmobil, einer Konstruktion von Hansruedi Neyer aus Triesen.

Der Start zur morgigen 5. Etappe von Rankweil über 63 Kilometer nach Chur erfolgt zwischen 10 Uhr und 10.45 Uhr in verschiedenen Gruppen. Auf der Fahrt nach Chur werden die Solarmobile zwischen Schaanwald, Schaan, Vaduz, Balzers und Trübbach je nach Kategorie und Fahrtgeschwindigkeit zwischen ca. 10.20 Uhr und 12 Uhr über liechtensteinische Hauptstrassen fahren.

Pressegespräch

Am Pressegespräch vom Dienstag abend standen wiederum einige aktuelle Fragen zur Diskussion. Vier Regierungsmitglieder (Regierungschef Hans Brunhart war landesabwesend) stellten sich den Fragen der Pressevertreter. Die Themenkreise reichten von den Schafzüchter-Problemen über die Gentechnologie und die erleichterte Einbürgerung bis zur Drogenkonferenz in Wien und die Gerüchte um ein Spielcasino in unserem Land.

Nachstehend eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Themenbereiche, die wir in dieser und den nächsten Ausgaben noch weiter beleuchten werden.

Konflikt mit Schafzüchtern

Nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille konnte der Konflikt zwischen Forstamt und Triesenberger Schafzüchtern beigelegt werden. Die Triesenberger Schafzüchter hatten offenbar aus Futtergründen ihre Tiere in ein Gebiet getrieben, das nach der Waldordnung für eine Beweidung nicht freigegeben ist.

Landwirtschaftszone

Zur Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone, wie von der FBP-Fraktion in einer Motion gefordert, hat die Regierung bereits den Auftrag gegeben, den Ist-Zustand über die Nutzflächen zu erheben. Nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille kann erst nach dieser genauen Erfassung eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Die Arbeiten am landwirtschaftlichen Leitbild sind ebenfalls aufgenommen worden.

UNO-Drogenkonferenz

Nach Auskunft von Regierungsrat Dr. Peter Wolff hat die UNO-Drogenkonferenz keine neuen Erkenntnisse gegeben, aber doch die Hoffnung, dass sich alle Staaten künftig verstärkt auseinandersetzen werden.

Medienpapier

Das Medienpapier liegt vor. Wie Regierungsrat Wilfried Büchel erklärte, wird es von der Regierung derzeit überarbeitet.

Erleichterte Einbürgerung

Das Verfahren für die erleichterte Einbürgerung ist nach den Worten von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille mit grossem Aufwand verbunden. Einige Fragen, wie die Verzichtserklärung gegenüber der bisherigen Staatsbürgerschaft, geben Probleme auf.

Gentechnologie

Nach der Verabschiedung des Strafgesetzbuches befasst sich die Regierung mit der Erarbeitung eines weiteren Entwurfes zu Fragen der Gentechnologie. Ob es ein neues Gesetz geben wird oder einen Zusatz zum Strafgesetzbuch, konnte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille noch nicht sagen.

Kein Spielcasino

Für ein Spielcasino liegt, wie Regierungsrat René Ritter erklärte, kein Konzessionsgesuch vor. Doch hatte sich die Regierung bereits mit einer entsprechenden Anfrage zu beschäftigen.

Kontroverse um Steuerinitiative

Die VU versucht die FBP-Initiative zu diskreditieren

Die Steuerinitiative, die von der FBP-Fraktion im Landtag eingebracht und in den wesentlichsten Teilen auch vom Landtag verabschiedet wurde, ist von der VU zur Zielscheibe unsachlicher Abqualifizierungen geworden. Die VU, die seit Jahren die grosse Steuerreform verspricht, konnte offenbar nur schwer verdauen, dass ein fertig formulierter Vorschlag im Parlament zur Diskussion stand, der sofort wesentliche Verbesserungen für die meisten Steuerpflichtigen bringen wird.

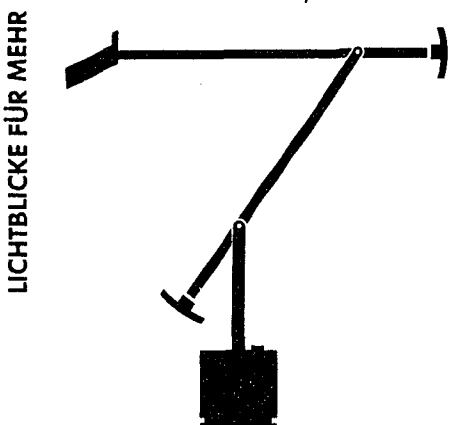
Die FBP-Steuerinitiative stellte die Familie in den Mittelpunkt der Überlegungen und forderte denn auch verschiedene erhöhte Abzugsmöglichkeiten und vor allem eine Gleichstellung der Familien in steuerlicher Hinsicht, unabhängig davon ob beide Ehepartner oder nur ein Ehepartner erwerbstätig ist. Die Familienfreundlichkeit der FBP-Vorlage kam aber auch zum Ausdruck bei der gestaffelten Ausgestaltung des Haushaltabzuges, den erhöhten Abzugsmöglichkeiten für die Sozialversicherungen (insbesondere mit der verbesserten Berücksichtigung der Beiträge für die 2. Säule) sowie bei den stark angehobenen Abzugsmöglichkeiten für die Ausbildungskosten der Kinder und den Zahnarzt- und Krankheitskosten, die nicht durch Versicherungen abgedeckt sind.

Die FBP hat sich gemäss ihrer Zielsetzung, die Familien mit Kindern vor allem steuerlich zu entlasten, den Vorschlägen der VU-Fraktion nicht verschlossen, sondern beispielsweise dem erhöhten Kinderabzug ebenfalls zugestimmt.

Die FBP kann aber mit Recht behaupten, dass sie den entscheidenden Stein ins Rollen brachte, denn ohne die FBP-Steuerinitiative würde es keine steuerlichen Entlastungen geben.

Siehe auch Bericht auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

ALS EINEN AUGENBLICK, WIE DIE TIZIO.



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16 **WOHNEN**

Einzige Platin-Münze der Welt
1 Noble = 1 Unze 1/10 Noble = 1/10 Unze

Platin-Garnitur im «Partner-Look»

elgene Kreation

DIAMANT-HAUS
Vaduz, Herrngasse 27, Tel. 075/2 90 90
(Telefondienst rund um die Uhr)